

# Global Player und internationale Sozialstandards

*Alexander Klier*

## 1. Neue Rahmenbedingungen sozialer Politik

„Für Unternehmen besteht aufgrund veränderter Umweltbedingungen (insbesondere Globalisierung, verbesserte Informations- und Kommunikationstechnologie und sich verändernde mentale Modelle) der Druck, sich zunehmend mit dieser Thematik auseinander zu setzen, da sie anderenfalls Gefahr laufen, die von der Gesellschaft benötigte Licence to operate zu verlieren.“<sup>1</sup>

Globalisierung als vielschichtiges Phänomen zeigt sich auf unterschiedlichsten Ebenen und in Form interdependenter, oft ungleichgewichtiger Prozesse. Vielschichtig ist Globalisierung insofern, als sie nicht nur eine rein ökonomische Erscheinung darstellt. Globalisierung zeigt sich auch in Fragen der Konkurrenz internationaler Sozialstandards und veränderter Rahmenbedingungen von Politik.<sup>2</sup> Grenzüberschreitenden Warenverkehr und die damit verbundenen Folgen wie kultureller Kontakt und Austausch, ökonomische Abhängigkeiten oder internationale Arbeitsteilung gibt es beinahe seit Menschengedenken. Ob sich daraus, dass das Ausmaß neue Dimensionen angenommen hat, bereits eine neue Qualität des Prozesses ableiten lässt, ist nicht unumstritten. Die Zuordnung von Phänomenen zu konkreten Prozessen und Strukturen ergeben in der Empirie enorme methodische Schwierigkeiten. Ebenfalls schwierig stellt sich die Entwicklung von adäquaten internationalen Umwelt- und Sozialstandards dar.

---

<sup>1</sup> Wikipedia 22.11.06: Corporate Social Responsibility.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden): Globale Trends 2000, 2002, 2004 und 2006, Frankfurt, sowie *Wallacher, Johannes*: Globalisierung und nationale Wohlfahrtspolitik. In: Institut für Bildung und Entwicklung (Hrsg.): "Die Geister, die ich rief...". Herausforderungen in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, München 2002.

## 1.1 Die Suprematie der ökonomischen Dimension

Dass Globalisierung auch subjektiv vor allem auf einer ökonomischen Ebene wahrgenommen wird, hat vor allem damit zu tun, dass neben den politischen Kontroversen um die adäquate Ausgestaltung von Globalisierung insbesondere der Milderung der intendierten und nicht intendierten realen ökonomischen Folgen eine wichtige und treibende Rolle zukommt.<sup>3</sup> In der Analyse zeigt sich, dass die Wirtschaft die stärkste globale Vernetzung aufweist, was nicht nur eine immer größere politische Rolle der Ökonomie begründet, sondern in vielen Bereichen die folgende (Sozial-) Politik zum „Dienstleister“ oder „Ermöglicher“ wirtschaftlicher Entwicklungen degradiert. Wirtschaftliche Globalisierung stellt mittlerweile einen Faktor dar, der oft genug gesellschaftlichen Regelungen zuvorkommt bzw. positive wie negative Standards setzt, die, wenn überhaupt, politisch nur mühsam in Form von verbindlichen (globalen) Rahmenbedingungen eingeholt oder korrigiert werden können. Aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass der Ökonomie, vor allem in Form von multinationalen Konzernen, auch eine wichtige Rolle beim Prozess der sozialen Ausgestaltung der Globalisierung zugesprochen wird.<sup>4</sup>

## 2. Die Aufgabe transnationaler Unternehmungen

Wenn ein Global Player wie General Motors einen Jahresumsatz hat, der quantitativ größer ist als der Staatshaushalt von Dänemark (vgl. hierzu nachfolgende Tabelle), dann zeigt dies ein Verhältnis auf, das selbst in globalen Maßstäben relevant ist. Und es macht deutlich, um welche monetären Größenordnungen es mittlerweile auf der transnationalen ökonomischen Ebene geht. Dieses Geld sinnvoll im Sinne der Weltgesellschaft und ihrer

---

<sup>3</sup> Dies sollte auch in der Vielfältigkeit ökonomischer Folgewirkungen gesehen werden, wie sie auch die Enquete Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten" [PDF] (verfügbar unter: [http://www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/archiv14/welt/sb\\_glob\\_kurz.pdf](http://www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/archiv14/welt/sb_glob_kurz.pdf)) 2002 darstellt. Die Kommission weist zu Recht darauf hin, dass es sich hierbei nicht um einen quasi „naturwüchsigen“ Prozess handelt, sondern dass Globalisierung von entscheidenden *kollektiven* Akteuren vorangetrieben wird. Siehe hierzu auch *Streeten*, *Paul* (2001): *Integration, Interdependence and Globalization* [HTML]. In: *Finance & Development*, Nr. Juni 2001, S. 34 – 37, verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2001/06/streeten.htm>.

<sup>4</sup> *Beck, U.* (1996): Die Subpolitik der Globalisierung. Die neue Macht der multinationalen Unternehmen. In: *GMH (Gewerkschaftliche Monatshefte)* Nr. 11-12/1996, S. 673 - 680

sozialen Anforderungen einzusetzen, ist eine der zentralen Herausforderungen der Globalisierung. Als Anspruch an transnationale Unternehmen wird deshalb in diesem Zusammenhang oft formuliert, dass globale Macht auch eine adäquate globale Verantwortung mit sich bringt, die in Zukunft wahrgenommen werden muss<sup>5</sup>. Um welche zu verantwortenden Dimensionen es sich für transnationale Unternehmen handelt, soll folgende Tabelle veranschaulichen. Sie zeigt einen Vergleich zu ausgewählten Staatshaushalten, die klassisch auch die Budgets der sozialen Sicherungssysteme enthalten, und die jeweils davon betroffenen Personen<sup>6</sup>:

Table 2: Company employees, suppliers and dependants compared to country populations when GDP and annual revenues for 1996 are approximately the same

Companies ranked by revenue	Revenue (\$bn)	Direct employees	Estimated population dependent on the company (million)*	Countries ranked by GDP	GDP (\$bn)	Country's total population (million)
General Motors	168	647,000	9.7	Denmark	156	5.2
Ford	147	371,702	5.6	Hong Kong	142	6.1
Toyota	109	130,736	2.3	Finland	103	9.8
Hitachi	76	330,152	5.0	Philippines	72	67.8
Siemens	64	379,000	5.7	Venezuela	65	21.8
Philips	41	262,500	3.9	Ireland	53	3.5
PepsiCo	32	486,000	7.3	Morocco	30	26.5
McDonalds	11	237,000	3.6	Bulgaria	11	8.5

(Daten der Tabelle entnommen: *Logan, David*: Global power brings global social responsibility: the challenge to business. Verfügbar unter [http://www.corporate-citizenship.co.uk/resources/show\\_article.asp?ArticleID=11](http://www.corporate-citizenship.co.uk/resources/show_article.asp?ArticleID=11))

<sup>5</sup> *Ulrich, Peter* (2003): Interview zu Corporate Citizenship: "Es geht um ein neues Rollenverständnis". In: Cash Nr. 6/2003 v. 07.02.2003, S. 31. Siehe hierzu auch WEF (World Economic Forum <http://www.weforum.org/en/initiatives/corporatecitizenship/index.htm>)

<sup>6</sup> Wengleich diese Zahlen noch nichts über qualitative Verhältnisse aussagen. Zu den qualitativen Beziehungen gehören z.B. Fragen wie: Auf welchem *Rechtsanspruch* beruht die ‚Mitgliedschaft‘, beispielsweise in einem Konzern oder einem Staat (Arbeitsvertrag vs. Staatsbürgerschaft)? Auf welcher *juristischen Grundlage* werden Gelder eingenommen und wieder verteilt (Umsatz vs. Steuereinnahmen und Lohn vs. staatliche Programme)? Wer sorgt für eine *soziale Absicherung* im Falle individuellen Verlustes von notwendigen Voraussetzungen, z.B. der Arbeitskraft?

Weitere Erläuterungen zur obigen Tabelle:

\* Total estimated population dependent on the company is calculated by adding to direct employees backwards linkages giving three supplier jobs, forward linkages giving one supplier job for every direct employee and a notional figure of one spouse and two children for each employee and supplier.

Source: GDP/Population figures from 'World in Figures, 1998', The Economist. Company revenues and employees from Fortune magazine 4 August 1997. Compiled by David Logan, The Corporate Citizenship Company.

Macht ist ein politischer Begriff, und Verantwortung, ohne geregelte gesetzliche Zuständigkeiten bzw. staatliche Sanktionsmöglichkeiten, nicht viel mehr als ein Akt der Barmherzigkeit. Insofern ergibt sich aus diesem Beispiel eine erste enge Verbindung zu den politischen Herausforderungen der Globalisierung.

## 2.1 (Sozial-) Politische Herausforderungen der Globalisierung

Soziale und politische Globalisierung zeichnet sich durch wahrscheinlich noch heterogenere Entwicklungstendenzen und -dynamiken aus als die ökonomische. Sie betrifft mindestens zwei weitere Ebenen: Die Ebene der weltpolitischen und die Ebene gesellschaftlicher Akteure.

- Als wichtigste weltpolitische Akteure sind nach wie vor die Nationalstaaten relevant. Trotz zunehmender globaler Interdependenzen beanspruchen sie volle Souveränität, obwohl sie diesem Anspruch in vielen Belangen nicht mehr (völlig) gerecht werden können. Die meisten Regime auf globaler Ebene bleiben deshalb an den Willen der einzelnen Vertragsstaaten rückgebunden. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass internationale Institutionen überwiegend keine Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den einzelstaatlichen Akteuren aufweisen. Oft stehen zudem bilaterale oder multilaterale Abkommen und Zusammenschlüsse, die von bestimmten Staaten dominiert werden, quer zu internationalen Regelungen und Institutionen, wie etwa den Vereinten Nationen. Insgesamt verbinden sich deshalb die globalen politischen Strukturen „noch nicht zu einem abgestimmten,

schnell reaktionsfähigen und gemeinsam auf das globale gemeine Wohl gerichteten System“<sup>7</sup>.

- Hinzu kommt auf Seiten der globalen Politik ein Legitimationsproblem: Eigentlich bedürfte internationale Politik der Legitimationsbasis einer Weltgesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Akteure. Wie ist eine solche zu erreichen? Welche Akteure sollen welche Rolle in einer globalen Politik spielen? Trotz vieler, teilweise schon recht früher Versuche internationaler Solidarität, beispielsweise von Seiten politischer Parteien oder der Gewerkschaften, , gibt es bis heute keine wirklich funktionierenden politischen Strukturen globaler Kooperation. Hinzu kommen die nach wie vor extrem divergenten Interessen der unterschiedlichen beteiligten Akteure, einschließlich der Nationalstaaten selbst. Auch die zunehmend gefragte und ernst zu nehmende Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als konstitutive Teile der Zivilgesellschaft, zumindest auf Ebene der UN, ist nicht frei vom Legitimationsproblem und dieser Interessensdivergenz.

Unter dem Begriff „Global Governance“ wird nun versucht, Strukturen einer zukünftigen politischen Gestaltung der Welt aufzuzeigen. Der Begriff, der häufig mit „Weltordnungspolitik“ übersetzt wird, zeigt bereits die Problematik auf: Die gängige Demokratievorstellung eines Souveräns (des Volkes), der eine Exekutive (die Regierung) bestimmt, welche, durch Gewaltenteilung kontrolliert, den Willen des Volkes ausführt, ist auf globaler Ebene in dieser Form weder wünschenswert noch durchsetzbar oder funktionsfähig. „Im Kern geht es [deshalb] um den Übergang von einer *internationalen* zur *globalen* Rechtsgemeinschaft“ auf Basis pluralistischer politischer Strukturen und kollektiver Regime<sup>8</sup>. Weltordnungspolitik als politische Architektur kann in diesem Sinne keine Alternative zu lokaler oder nationaler Politik sein, sondern muss eine wichtige Ergänzung (im Sinne

---

<sup>7</sup> Hauchler, Ingomar (1999): Globalisierung und die Zukunft der Demokratie. In: SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden)(Hrsg.): Globale Trends 2000. Frankfurt: Fischer, S. 20 – 41.

<sup>8</sup> Frey, Bruno S. (2002): Liliput oder Leviathan? Der Staat in der globalisierten Wirtschaft [PDF]. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 3(4), S. 363 - 375. Verfügbar unter: <http://www.iew.unizh.ch/wp/iewwp085.pdf>. Hier ist der Hinweis darauf, dass die demokratische Konzeption im Zeitalter der Globalisierung bereits in der klassischen nationalstaatlichen Ausprägung auf enorme Schwierigkeiten stößt, hilfreich. Auf die konstitutiven Bedingungen der demokratischen Konzeption und ihre Übertragbarkeit auf die globale Ebene weist Hauchler (1999) insbesondere auf den Seiten 32 - 34 hin. Siehe hierzu Fußnote 7.

subsidiärer Strukturen) und entscheidendes Korrektiv (beispielsweise bei Konflikten) darstellen.

Es geht also um eine globale Ordnung, „deren verschiedene institutionelle Stufen eine ihren Funktionen adäquate quasi-staatliche Qualität bekommen“<sup>9</sup>. Es geht weiter um die demokratische Kontrolle internationaler Institutionen und, so wäre hinzuzufügen, transnationaler Konzerne als wichtige Akteure innerhalb globaler wirtschaftlicher Institutionen und Regime. Wenn globale Politik erfolgreich sein soll, darf die Kernfrage der Macht, über die multinationale Unternehmungen zweifelsohne verfügen, nicht ausgeklammert werden. Mit anderen Worten: Ohne eine adäquate gesellschaftliche Transformierung und politische Einbindung dieser relevanten wirtschaftlichen Subsysteme wird Global Governance, zumindest im Bereich der wirtschaftlichen Ebene, wenig erfolgreich sein.

## 2.2 Die Rolle von multinationalen Unternehmungen bei der sozialpolitischen Gestaltung von Globalisierung

„Die zunehmende Kapital- und Unternehmungskonzentration führt zur Politisierung der ehemals privaten Angelegenheit 'Unternehmung'. Große Unternehmungen haben Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft, denen sich diese nur bedingt entziehen kann. Private Unternehmensentscheidungen werden öffentlich relevant, sind aber nicht öffentlich legitimiert und nicht öffentlich kontrollierbar.“<sup>10</sup>

In der Anwendung der Global Governance auf kollektive ökonomische Akteure wird das Thema einer Corporate Social Responsibility relevant. Die öffentliche Tätigkeit des Staates wird, so ist in Anbetracht der Globalisierung zu vermuten, in Zukunft völlig anders aussehen, als es heute noch der Fall ist<sup>11</sup>. Zumindest einige der klassischen Staatsaufgaben und -tätigkeiten werden für ihn von flexiblen, multiplen und temporären Körperschaften übernommen. Dabei können die einzelnen natürlichen Personen Bürger unterschiedlichster, beispielsweise nichtstaatlicher, privater und gewinnorientierter Organisationen werden („organizational citizenship“). Eine Hypo-

<sup>9</sup> Hauchler, Ingomar (1999) S. 37

<sup>10</sup> Ulrich, Peter (1977): Die Großunternehmung als quasi-öffentliche Institution. Eine politische Theorie der Unternehmung. Stuttgart: Poeschel, S. 165

<sup>11</sup> Vgl. zum Folgenden Frey, Bruno S. (2002): Liliput oder Leviathan? Der Staat in der globalisierten Wirtschaft [PDF]. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 3(4), S. 363 - 375. Verfügbar unter: <http://www.iew.unizh.ch/wp/iewwp085.pdf>.

these ist deshalb, dass es zu einer Ausweitung des Begriffes und Verständnisses von Bürger und Bürgerschaft kommt: Es gibt dann temporäre neben multiplen und partiellen Bürgerschaften. „Die Idee der Bürgerschaft wird somit wesentlich erweitert und geht weit über die alleinige Beziehung von Personen zum Nationalstaat hinaus“<sup>12</sup>. Wichtig für die globale Politik ist dabei eine Öffnung der starren nationalstaatlichen Grenzen und Aufgaben hin zu „funktionalen Körperschaften“, also Einheiten, die zu spezifischen Problemen und Anforderungen einen Beitrag leisten.

Ungeachtet der vielen problematischen Implikationen, die diese Idee im Detail enthält, stellt sie einen wichtigen Gedankengang dar: Neben der Verlagerung nationalstaatlicher Aufgaben nach „oben“, also auf die supranationale Ebene, oder nach „unten“, auf eine lokale und regionale Ebene, wird es auch um eine Kompetenzverteilung „quer“ zu nationalstaatlichen Aufgaben kommen müssen. Eine solche Aufgabenverteilung muss funktional geschehen und bedeutet, dass auch kollektive Akteure einen Beitrag zur globalen Politik leisten können und müssen. Ein Beitrag der bisher - aus guten Gründen - den Nationalstaaten vorbehalten blieb<sup>13</sup>.

In diesem Sinne erweisen sich transnationale Unternehmen als Schnittpunkt(e) sowohl der ökonomischen als auch der politischen Globalisierung. Sie sind nicht nur mögliche Objekte internationaler Regulierungen und globaler Regime, sondern - vor allem als kollektive Akteure - Subjekte des Globalisierungsprozesses. Sie haben durch konkrete Managemententscheidungen und ihre operative Ausführung öffentlichen Einfluss und politische Macht. Dass globale Konzerne als kollektive Akteure freiwillig zu guten globalen Staatsbürgern (Corporate Citizen) werden ist genauso unwahr-

---

<sup>12</sup> A.a.O.: S. 368.

<sup>13</sup> Betrachtet man die Nachkriegsgeschichte Deutschlands, so lässt sich eine solche Betrachtung auch daraus herleiten, denn gesellschaftliche Fortschritte wurden in vielen Bereichen zunächst durch nichtstaatliche kollektive Akteure (beispielsweise den Tarifparteien in Fragen der humanen Arbeitsgestaltung und der Regulierung der Arbeitszeit, den „sozialen Bewegungen“ in Fragen der Anerkennung von Minderheiten) erreicht, ehe sie staatlich reglementiert, kodifiziert und schließlich überwacht wurden. Für die USA gilt ähnliches, z.B. für die „Civil Rights Movement“ als *Bürgerrechtsbewegung*.

Dies auf die globale Ebene und spezielle Akteure zu übertragen, kann wichtige Antworten auf bisher ungelöste Fragen geben, ohne dabei die Regulierungs- und Überwachungsfunktion transnationaler Regime zu vernachlässigen. Und es deutet auf ein Potenzial hin, das im Rahmen des Global Governance genutzt werden kann, denn globale Politik muss darüber reflektieren, inwieweit ihre Organisationen anders organisiert und strukturiert sein müssen, um kollektives zukunftsfähiges Handeln zu ermöglichen. Dabei kommt den globalen politischen Rahmenbedingungen weiterhin ein wichtiger Stellenwert zu.

scheinlich wie reine Selbstverpflichtungsprogramme, die vor allem in der aktuellen Debatte um die Corporate Social Responsibility vertreten werden, eine gute Bürgerschaft herstellen können<sup>14</sup>. Es wird auch im Bereich globaler sozialer Standards nicht ohne Grundregeln, denen alle Unternehmen verpflichtet sind, möglich sein, zu einer sinnvollen Entwicklung kommen.

### 3. Die notwendige Konsistenz von Corporate Social Responsibility

„Es ist die nie abgeschlossene Aufgabe jeder demokratischen Gesellschaft, die kollektive Rationalität ihrer Institutionen zu erhalten und zu erhöhen.“<sup>15</sup>

Bisher ist die globale soziale Verantwortung von Unternehmen ein höchst widersprüchliches Phänomen. Erfolgreiche Firmen setzen sozialpolitische Standards und übernehmen dabei faktisch Aufgaben, die klassisch den Staaten und ihren Untergliederungen zugeschrieben werden<sup>16</sup>. Auf der anderen Seite der Skala stehen große Konzerne, die dafür bekannt sind, jeden Versuch der Beschäftigten, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen und Gewerkschaften zu gründen, mit Entlassungen „belohnen“<sup>17</sup>. Insgesamt bleibt die unternehmerische Praxis einen Nachweis dafür, dass sie insgesamt und durchgängig diese Verantwortung annimmt, schuldig. Das lässt sich sowohl an der folgenden Grafik ablesen, welche den Bezug von Gewinn zu geschaffenen Arbeitsplätzen darstellt, als auch an der spezifischen Problematik, dass viele Großkonzerne lokal und regional keine adäquaten Steuern bezahlen - nicht zum Vorteil für die Sozialkassen der davon betroffenen Kommunen und Gemeinden.

---

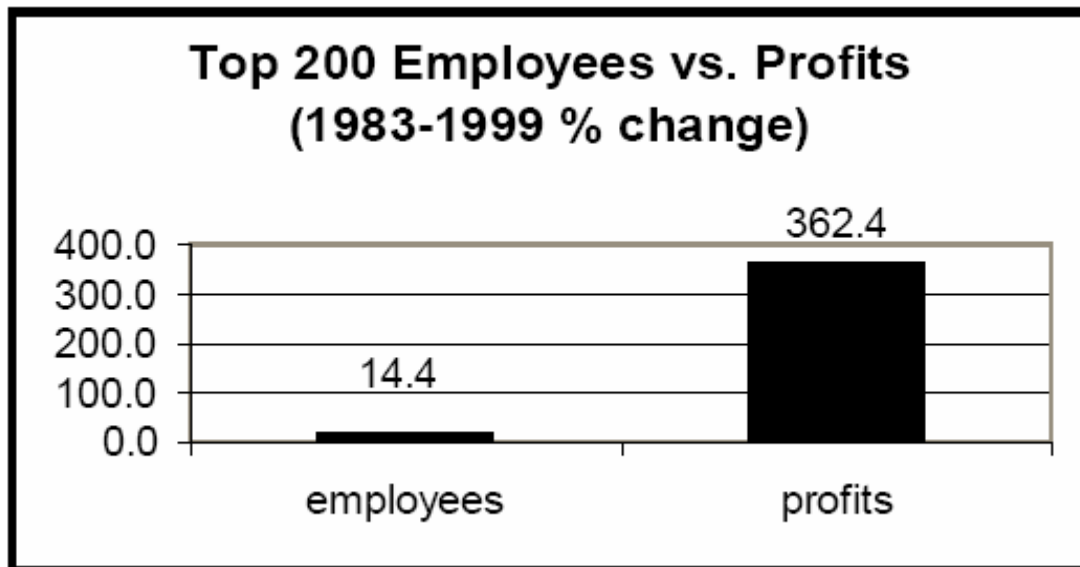
<sup>14</sup> Siehe hierzu auch *Ulrich, Peter* (2000): Republikanischer Liberalismus und Corporate Citizenship. Von der ökonomischen Gemeinwohlfiktion zur republikanisch-ethischen Selbstbindung wirtschaftlicher Akteure. St. Gallen

<sup>15</sup> *Ulrich, Peter* (1977): Die Großunternehmung als quasi-öffentliche Institution. Eine politische Theorie der Unternehmung. Stuttgart: Poeschel, S. 227.

<sup>16</sup> Wie beispielsweise die BMW-Group in Johannesburg, die einen Betriebskindergarten auch zur Nutzung durch die lokale Bevölkerung bereitstellt.

<sup>17</sup> “Of the U.S. corporations on the list, 44 did not pay the full standard 35 percent federal corporate tax rate during the period 1996-1998. Seven of the firms actually paid less than zero in federal income taxes in 1998 (because of rebates). These include: Texaco, Chevron, PepsiCo, Enron, Worldcom, McKesson and the world’s biggest corporation—General Motors”. *Anderson, Sarah & Cavanagh, John* (2000): Top 200 – The Rise of Corporate Global Power [PDF], S. 3. Verfügbar unter: [http://www.ipsc.org/downloads/Top\\_200.pdf](http://www.ipsc.org/downloads/Top_200.pdf)





“While the sales of the Top 200 are the equivalent of 27.5% of world economic activity, these firms employ only a tiny fraction of the world’s workers. In 1999, they employed a combined total of 22,682,166 workers, which is 0.78% of the world’s workforce”.<sup>18</sup>

Transnationale Unternehmen sind immer nur gesellschaftliche Mittel für einen Zweck und niemals Selbstzweck. Als Instrumente der Wohlfahrtssteigerung der jeweiligen Kulturen und Gesellschaften bekommen sie von diesen ihre „licence to operate“<sup>19</sup>, um Wertschöpfung betreiben zu können. Gerade weil sie keine selbstzweckliche Veranstaltung darstellen, sind sowohl ihre Ziele als auch die Mittel zur Erreichung der Ziele dem gesellschaftlichen Diskurs und staatlichen bzw. transnationaler Kontrollen zu un-

<sup>18</sup> Grafik und Zitat: *Anderson, Sarah & Cavanagh, John* (2000): Top 200 – The Rise of Corporate Global Power [PDF], S. 5. Verfügbar unter: [http://www.ips-dc.org/downloads/Top\\_200.pdf](http://www.ips-dc.org/downloads/Top_200.pdf)

<sup>19</sup> Vgl. hierzu das Statement des Shell Managers Tom Delfgauw (zitiert nach *Ulrich, Peter & Streiff, Stefan* (2003): Der unternehmensethisch kompetente Aufsichts- und Verwaltungsrat [PDF]. In: Henkel, Frank (Hrsg.): Aufsichts- und Verwaltungsrat. Der Praxisleitfaden für CEOs, Verwaltungsräte, Unternehmer, Stake- und Shareholder. Zürich. 2003: 20, Fußnote 23; Verfügbar unter: <http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/wwwPubLiteraturTyp/18C36EA7712AC8A7C1256CCD003BD500>): “Was wir beobachten, ist in allen Gesellschaften des Westens das Gleiche - dass sich die Öffentlichkeit zunehmend Gedanken macht über die soziale und die öffentliche Verantwortung der grossen Companies, und darauf müssen wir reagieren. Natürlich müssen wir weiterhin Reichtum generieren, Gewinn machen, aber bei uns hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass jedes Business sich vor der Gesellschaft rechtfertigen muss - von ihr erhalten wir das, was man als licence to operate bezeichnet, die Berechtigung, zu handeln und zu existieren“.

terstellen – was sie von echten Bürgern sehr wohl unterscheidet<sup>20</sup>. Insofern wird auch die Einhaltung internationaler Sozialstandards künftig nicht alleine eine freiwillige Leistung bleiben, die aufgrund einer Selbstverpflichtung erbracht wird. Sie wird konsistent und durchgängig eine Möglichkeit darstellen müssen, die soziale Frage auf transnationaler Ebene zu lösen und Nationalstaaten dabei zu entlasten.

Erschienen in: Fonari, A., Stamm, N. & Wallacher, J. (2006)(Hrsg.): Runder Tisch Bayern. Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen. München: Digitaldruck, S. 115 – 124

Gesamtpublikation als PDF verfügbar unter:

<http://www.eineweltnetzbayern.de/publikationen>

---

<sup>20</sup> Das kann von einem echten Bürger nicht gesagt werden: Er ist Selbstzweck. Insofern handelt es sich auch bei dem Begriff der Corporate Citizen um eine Analogie. Echte Bürgerschaft ist kein ökonomischer Begriff, denn sie definiert die Stellung des Menschen unabhängig vom (relativen) Wert ihres Beitrages zum ökonomischen Prozess oder zur Gesellschaft.